

Antragsbereich G / Antrag G1

**AntragstellerInnen:** AsF Bayern

**Empfänger:** Bundestagsfraktion

Landesparteitag Landtagsfraktion

**Empfehlung der Antragskommission:** Überweisung an nächsten Landesparteitag

**G1: Offene Flanken im Bereich der Gleichstellung endlich schließen: Uns reicht´s!**

Gleichstellung ist schon längst erreicht? Frauen können heutzutage alles werden, wenn sie es nur wollen?

Wer einmal erkannt hat, wie tief verwurzelt tradierte Rollenbilder in unserer Gesellschaft sind, der ist sich ihrer Wirkkraft bewusst. Es sind diese Rollenbilder, die Frauen auch heute noch – subtil und subversiv – in bestimmte Richtungen lenken und ihnen das Verständnis regelrecht einpflanzen, was von ihnen in dieser Gesellschaft erwartet wird, was zu ihren vermeintlich „natürlichen“ Aufgaben gehört, was ihre Pflichten sind. Kurz: Was ihre Rolle eben ist.

Es beginnt bei der häuslichen Arbeit, geht weiter im Bereich der Kinderbetreuung und Erziehung, der Fürsorge für pflegebedürftige Angehörige und umfasst somit im Grunde alle Bereiche, für es jemanden braucht, der sich ohne Bezahlung darum kümmert. Es sind weitestgehend die Frauen, die hierfür ihre bezahlten Arbeitszeiten reduzieren, jahrelang aus ihrem Beruf ausscheiden, sich zwischen der unbezahlten Arbeit zu Hause und dem Beruf aufreiben. Frauen leiden häufiger als Männer an Angststörungen, an Depressionen, somatoformen Störungen oder Burn-out-Syndrom – also an psychischen Erkrankungen, die unter anderem auf besonders hohe Belastungen im Alltag zurückzuführen sind. Durch jahrelange Teilzeitarbeit oder Elternzeit bedingte Pausen im Berufsleben erreichen Frauen im Durchschnitt eine deutlich niedrigere Rente als Männer. Während sie also bereits im Berufsleben auf Einkommen verzichtet haben, um die Familienfürsorgearbeit zu übernehmen, zieht sich dies im Alter fort.

Um die familiäre Fürsorgearbeit unter Paaren gleichberechtigter zu verteilen, muss die Politik Anreize schaffen.

Hierfür fordern wir: Eine Familienarbeitszeit, also ein Recht auf Teilzeit beider Elternteile, in Kombination mit einem Familiengeld, das ausbezahlt wird, wenn beide Elternteile ihre Arbeitszeit reduzieren.

Doch auch jenseits der Frage um Arbeitszeitreduzierung werden Frauen

35 auf dem Arbeitsmarkt immer noch systematisch diskriminiert. 2019 lag in  
Deutschland der durchschnittliche Bruttostundenlohn der Frauen mit 17,72  
Euro 20 Prozent unter dem von Männern mit 22,61 Euro (Quelle: Statistisches  
Bundesamt). Damit hat Deutschland eine der höchsten Gender Pay Gaps  
der EU. 2018 hatte der Unterschied 21 Prozent betragen, und 2014 waren  
40 es 22 Prozent. Der Europäische Gewerkschaftsbund hat in einer Studie  
herausgestellt, dass sich die Lohnlücke in den vergangenen acht Jahren  
im EU-Durchschnitt lediglich um einen Prozentpunkt geschlossen habe. In  
Frankreich waren es sogar nur 0,1. Ohne verstärkte politische Anstrengungen  
zur Überwindung des Gender Pay Gaps wird es somit noch mehr als 80  
45 Jahre dauern, bis Frauen und Männer EU-weit gleiche Löhne erhalten. Der  
Gender Pay Gap lässt sich auf mehrere Faktoren zurückführen: darauf, dass  
Frauen durchschnittlich deutlich häufiger in Teilzeit arbeiten, darauf, dass  
frauendominierte Berufe meist schlechter bezahlt sind als männerdomi-  
nierte Berufe und schließlich auch darauf, dass Frauen trotz gleicher oder  
50 gleichwertiger Arbeit und gleichem Umfang weniger verdienen als Männer.

Wir fordern: Eine bessere Bezahlung in sogenannten systemrelevanten Be-  
rufen wie etwa in der Pflege, im Bereich Kindertagesstätten, im Einzelhandel.

55 Neben Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt trifft Frauen strukturelle  
Diskriminierung auch in anderen Bereichen. Das Thema Schwangerschafts-  
abbruch ist eines, von dem unmittelbar nur Frauen betroffen sein können.  
Betroffene Frauen sind mit Blick auf den zeitlichen Druck, der von Gesetzes-  
wegen vorgegeben ist, in einer äußerst schwierigen Situation. Für uns ist  
60 klar: Ein Schwangerschaftsabbruch ist kein Verhütungsmittel, sondern ein  
medizinischer Eingriff mit gesundheitlichen Risiken. Kein Verhütungsmittel  
wirkt absolut sicher – das Risiko für eine Schwangerschaft ist im Falle von  
Geschlechtsverkehr immer gegeben. Frauen, die ungewollt schwanger wer-  
den und sich für einen Abbruch entscheiden, müssen in einem medizinisch  
65 fortschrittlichen Land wie Deutschland eine bessere Versorgung erhalten.  
Das Thema Schwangerschaftsabbruch muss ferner enttabuisiert und die  
Informationen hierzu verbessert werden. Der in der GroKo erzielte Kompro-  
miss zur Reform des §219a StGB verbessert die Situation von Ärzt\*innen,  
Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und ungewollt Schwangeren  
70 insgesamt nicht. Das Informationsverbot für Ärzt\*innen bleibt darin be-  
stehen, wodurch sich zum einen das Auffinden medizinisch sachgemäßer  
Informationen für Betroffene weiterhin als schwierig gestaltet und zum  
anderen die Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bestehen  
bleibt. Solange Ärzt\*innen eine Anklage wegen einer Information auf ihrer  
75 Website fürchten müssen, solange werden weiterhin nur wenige von ihnen  
für diese Eingriffe bereitstehen.

Wir fordern:

- 80 • Die freie Wahl der Abbruchmethode muss bei den betroffenen Frauen liegen  
• Methoden des Schwangerschaftsabbruchs müssen in der medizinischen Ausbildung verpflichtend verankert werden  
• Universitätsklinken sollen Abbrüche standardmäßig durchführen
- 85 • die Beratungspflicht soll abgeschafft und vielfältige, niederschwellige Beratungsangebote geschaffen werden  
• die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch und somit die Entkriminalisierung von Abbrüchen, was mit einer Enttabuisierung dieses Themas in der Gesellschaft einhergehen wird
- 90 • die Streichung des § 219 StGB, damit Ärztinnen und Ärzte über ihre Abbruchmethode informieren dürfen, ohne dafür bestraft zu werden
- Neben Verbesserungen im Bereich Schwangerschaftsabbruch setzen wir uns auch für einen besseren Zugang zu Verhütungsmitteln für bedürftige Frauen ein. Viele Frauen in Deutschland können sich die Kosten für Pille, Spirale und
- 95 Co. schlicht und ergreifend nicht leisten und verhüten deshalb unregelmäßiger, greifen zu weniger zuverlässigen Methoden oder verzichten ganz auf Verhütung. Frauen im Studium, in der Ausbildung, alleinerziehende Frauen in Minijobs oder Teilzeit – nicht nur Bezieherinnen von Sozialleistungen, sondern für viele Frauen darüber hinaus sind Verhütungskosten eine hohe
- 100 finanzielle Belastung.

Wir fordern ein bundesweites Modell zur Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln für bedürftige Frauen über 25 Jahren.

- 105 Frauen sind ferner auch besonders häufig Opfer von Gewalt, insbesondere häuslicher Gewalt. Die Frauenhäuser und Frauennotdienste sind seit Jahren unterfinanziert. Um Frauen in dieser Notsituation besser helfen zu können, müssen die staatlichen Fördermittel hier aufgestockt werden.
- 110 Wir fordern: Mehr staatliche Finanzmittel für Frauenhäuser und Hilfseinrichtungen für von Gewalt betroffenen Frauen. Im Landtag soll ferner ein runder Tisch zu gesundheitlichen Folgen für von Gewalt betroffene Frauen eingerichtet werden.